

Fadegrad

Wohnen versus arbeiten?



VON BRUNO SIDLER

Da wird angekündigt, dass in Zürich-Oerlikon ein Industriebetrieb die Stadt verlassen will und ein Fabrikareal mit 5,5 Hektaren Land frei wird – und schon geht das Gerangel wieder los. Die Stadt will das Areal in der Industriezone belassen, um Industrie und Gewerbe zu fördern. Der Eigentümer möchte umzonen, um neue gemischte Nutzungen zu ermöglichen.

Natürlich wird auch der Ruf nach weiterem, genossenschaftlichem Wohnungsbau wieder laut. Und dies, obschon man in Zürich in diesem Bereich zurzeit viel plant und umsetzt. Für die Wohnbau-Nutzung wird mit dem Neid-Argument geworben: Bei einer Umzonung würde sich der Landwert verdreifachen und davon würden nur die Besitzer profitieren, lamentieren Vertreter der Grünen. Dass aber bei der Umwandlung in eine Mischnutzung Arbeitsstandorte für das Gewerbe und Arbeitsplätze geschaffen werden, ist anscheinend den Wohnbauförderern mit Staatshilfe nicht so wichtig. Mit dieser Haltung wird ja ein Wettbewerb «wohnen versus arbeiten» postuliert. Das kann es doch nicht sein. Auch linken Politikern sollte klar sein, womit Steuerfranken generiert werden. Diese Stadt braucht auch gute Standorte für Gewerbe und Wirtschaft, die ihrerseits Arbeitsplätze schaffen und anbieten. In Zürich braucht es zahlbare Wohnungen, soweit besteht Konsens. Aber es ist eine Frage des Masses, denn staatlich finanzierten Wohnungsbau in Dimensionen einstiger DDR-Zeiten kann sich Zürich gar nicht leisten.

Vor allem sollte aber eines nicht geschehen: Die Stadt sollte ihren beengenden Vorschriften-Griff nicht um dieses Areal in Oerlikon legen. Er sollte ermöglichen, dass die Eigentümer frei sind für die Nutzung des Areals. Wenn Eigentümer schon bereit sind, auf eigenes Risiko zu investieren und auch zum Wohl der Stadt Arbeitsplätze zu ermöglichen, sollte man ihnen nicht Stolpersteine in den Weg legen. Zudem ist das Wohnungsangebot im neu genutzten Zentrum Zürich-Nord nicht zu knapp vorhanden. Zur Förderung der urbanen Vielfalt können hier gut Betriebe des traditionellen Gewerbes oder von Anbietern moderner Technologien angesiedelt werden.

STADT ZÜRICH: 2012 WIEDER NEGATIVE RECHNUNG

Mit roten Stiefeln in die Schuldenfalle

Zum fünften Mal in Folge präsentiert die rot-grüne Regierung der Stadt Zürich den Bürgerinnen und Bürgern ein Defizit. Sie gibt erneut mehr Geld aus als sie einnimmt, für 2012 sind es 33 Millionen Franken.



GEMEINDERAT ROGER LIEBI PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Das kumulierte Defizit der letzten fünf Jahre beträgt sage und schreibe rund 280 Millionen Franken. Die Stadt Zürich lebt mittlerweile ganz offensichtlich von ihrer Substanz. Ohne von der Stadt unbeeinflussbare Sondereffekte und massive Reduktionen bzw. Verschiebungen von Investitionen (im Rahmen von 264 Millionen Franken) hätte für 2012 sogar ein weit grösseres Defizit ausgewiesen werden müssen, 80 Millionen ohne Sondereffekte, über 100 Millionen, wären die Investitionen planmässig umgesetzt worden.

Ganz offensichtlich werden die Probleme, wie man das auch von anderswo kennt, schlicht in die Zukunft verlegt.

Massiv steigender Aufwand

Wie üblich wird das negative Ergebnis sowohl vom Finanzvorstand wie von den selbstgefälligen linken Parteien dieser Stadt wie ein Sieg gefeiert, schliesslich sei ja im Laufe des Jahres 2012 einmal mit 60 Millionen Franken Defizit gerechnet worden. Dabei wird wie schon bei der Budgetplanung völlig ausgeblendet, dass der Aufwand der Stadt Zürich Jahr für Jahr massiv steigt. Allein zwischen den Abschlüssen 2011 und 2012 liegen erneut zu-

sätzliche Ausgaben von 481,5 Millionen Franken, entsprechend einer Steigerung von über 6%. Es ist für Rechnungen der Stadt Zürich mittlerweile selbstredend, dass das Ausgabenwachstum sowohl gegenüber Teuerung als auch BIP überproportional steigt. Über 8,3 Milliarden oder 21 840 Franken pro Einwohner kostete der sozialistische Staatshaushalt den Steuerzahler im Jahr 2012.

Rigoreuse Kursänderung gefordert

Die Nettoschulden steigen weiterhin an, wenn auch dieses Mal teils beeinflusst durch das Spitalfinanzierungsgesetz des Kantons. Jeder Stadt-Zürcher, jede Stadt-Zürcherin schiebt bereits jetzt eine Nettoschuld von 10810 Franken vor sich her. Trotz allen Sondererträgen, Reserven-Auflösungen, massiven Einsparungen beim Sachaufwand, massiven Einsparungen durch Verzicht auf Investitionen ist es dem rot-grünen Stadtrat unter der Leitung des abtretenden Bilanz-Schachgroschmeisters Vollenwyder offenbar nicht mehr möglich, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren.

Die Einwohner der Stadt Zürich werden regelrecht in roten Stiefeln in die Schuldenfalle geführt. Für die SVP der Stadt Zürich ist die Entwicklung des städtischen Haushaltes in dieser Form inakzeptabel. Wir erwarten von der Nachfolgerin bzw. vom Nachfolger des städtischen Säckelmeisters Vollenwyder eine rigorose Kursänderung.

Vorankündigung

Der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom Dienstag, 19. März 2013, 20.00 Uhr, Stadt Winterthur

DER STADTRAT IST MITVERANTWORTLICH FÜR MISSSTÄNDE IM ASYLWESEN

Stadtzürcher Asylopolitik auf Abwegen

Der Stadtrat weibelt in Bern für die Einrichtung eines Bundesasylzentrums in der Stadt Zürich. Anstatt die Bevölkerung vor den Missständen im Asylwesen zu schützen, importiert er noch mehr Kriminalität.



ROLAND SCHECK GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 3

«Es gibt keinen Grund, Menschen von den Menschen fernzuhalten, sondern im Gegenteil: Menschen wollen zu den Menschen». Was wie ein Auszug aus einer frommen Predigt klingt, sagte SP-Stadtrat Martin Waser in der Gemeinderatssitzung vom 28. November 2012 wörtlich auf die Feststellung der SVP, dass der Stadtrat offensichtlich über keinerlei Kriterien für die Standortwahl von Asylzentren verfügt. Weiter führte SP-Stadtrat Martin Waser aus: «Wir haben in den letzten Monaten Hunderte solcher Leute und Familien untergebracht, ohne dass es irgendwie zu Unruhen oder zu Störungen geführt hat».

Missstände unter den Tisch gekehrt

Derlei Statements des Sozialvorstehers können nur mit aktiv praktizierter Realitätsverweigerung erklärt werden. In Tat und Wahrheit ist das Asylwesen in der Stadt Zürich aus dem Ruder gelaufen, wie das folgende Beispiel zeigt: Die Stadtpolizei Zürich führte am 23. Februar 2012 in der Asylunterkunft Juch in Altstetten eine Kontrolle durch. Dabei wurden 23 Asylsu-

chende wegen Zuwiderhandlung gegen das Ausländergesetz, Betäubungsmittelhandels sowie wegen Diebstahls und Hehlerei festgenommen.

Die SVP der Stadt Zürich fordert seit Jahren mit Vorstössen im Gemeinderat vermehrte unangemeldete Kontrollen durch die Stadtpolizei. Leider wurde auch beim genannten Beispiel Juch erst auf Druck der Bevölkerung reagiert, nachdem über Monate Probleme in Zusammenhang mit der Asylunterkunft festgestellt wurden.

Der Stadtrat, der aufgrund seines rot-grünen Weltbilds alles Interesse hat, die Missstände im Asylwesen unter den Tisch zu kehren, verfolgt mittlerweile eine neue Strategie. Seit geraumer Zeit scheint die Stadtverwaltung die Öffentlichkeit und die Medien nicht mehr umgehend und umfänglich über Probleme mit Asylbewerbern zu informieren, wie auch vor wenigen Monaten, als fast vier Kilogramm Marihuana in einer Asylantenunterkunft gefunden wurden. Die SVP hat deshalb eine Schriftliche Anfrage im Gemeinderat eingereicht, in der sie vom Stadtrat Auskunft über die städtische Informationspraxis über Drogenfunde in Asylantenunterkünften verlangt.

Mischkonzern im Asylbereich

Aber nicht nur die Wegseh-Politik des rot-grünen Stadtrats ist für die Missstände im städtischen Asylwesen ver-

Parolen zur Volksabstimmung vom 3. März 2013

Vorlagen Stadt Zürich

1. Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Millionen Franken **JA**
2. Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung **leer lassen**
3. Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Grund-Kapital von 80 Millionen Franken (Umsetzung einer Volksinitiative) **NEIN**
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Stadtrates: Camin Marco



Veranstaltung zur Stadtratsersatzwahl 2013

Donnerstag, 21. Februar 2013 um 19.00 Uhr
Mercure Hotel Stoller
am Albisriederplatz, Zürich

Marco Camin (FDP) stellt sich den Fragen der SVP



Die SVP Kreispartei Zürich 9 heisst Sie zum Höck herzlich willkommen

antwortlich, sondern auch die Asylorganisation Zürich (AOZ). Die AOZ operiert als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich und hat sich mehr und mehr zu einem Schwergewicht in der Asyl- und Sozialindustrie entwickelt. Die eigentliche Kernaufgabe ist vollständig in den Hintergrund getreten. Mittlerweile betreibt die AOZ ein Restaurant, einen Cateringbetrieb, eine Velowerkstatt, ein Internetcafé, ein Übersetzungsbüro, eine Dolmetscherschule, eine Reinigungsausbildung etc., also alles Sachen, die mit dem ursprünglichen Auftrag überhaupt nichts mehr zu tun haben. Die AOZ hat sich zu einem eigentlichen Mischkonzern im Asyl- und Sozialbereich entwickelt.

Durch ihre Asylopolitik sind Stadtrat und AOZ für die Missstände im Asylwesen mitverantwortlich. Wer weg-schaut und die Probleme veruscht fördert Missbrauch. Denn bei den Asylsuchenden handelt es sich grossmehreitlich nicht um an Leib und Leben gefährdete Personen, sondern um Wirtschaftsflichtlinge. In der Regel sind es junge, kräftige Männer, die vorwiegend aus Nordafrika stammen. Diese Männer sind in ihrer Heimat in keiner Art und Weise verfolgt, sondern haben sich auf der Suche nach einem besseren Leben mit Schleppelein das vermeintliche Paradies Schweiz einschleusen lassen. Sie wollen materiell

auf ihre Kosten kommen, um einen Payback für ihre Investition in die Schlepperbande zu erzielen. So dealen viele mit Drogen, brechen in Liegen-schaften ein, bestehen Passanten und schrecken auch nicht vor Gewaltanwendung zurück.

Gutmenschen und Sozialindustrie

Vor diesem Hintergrund ist es unfassbar, dass sich der Stadtrat in Bundes-bern nun proaktiv um die Einrichtung eines Bundesasylzentrums in der Stadt Zürich bemüht. Mitten in einem Trendquartier will er 500 Asylbewerber unterbringen. Auch kündigt er an, dass er das temporäre Asylzentrum in Leutschenbach um einen Ergänzungsbau zu erweitern gedenkt.

Was nur bringt eine Regierung dazu, so zu handeln? Sie importiert Kriminalität, anstatt ihre ureigenste Aufgabe wahrzunehmen und die eigene Bevölkerung vor Übergriffen, Diebstahl und Drogenhandel zu schützen. Diese Handlungsweise kann nur mit der unheilvollen Mischung zweier Interessensströme erklärt werden.

Es ist die Kombination linken Gutmenschentums mit den materiellen Interessen der linken Sozialindustrie. Die einen laufen mit ideologischen Scheuklappen durch die Gegend, während die andern die selektive Blindheit nutzen und schamlos in die Kasse greifen.